

Pöfener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Donnerstag, 18. November

(Erscheint täglich drei Mal.)

Nr. 809.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die jedesmalige Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr des Mittags angenommen.

1875.

Amstliches.

Berlin, 17. November. Der König hat dem Prinzen Oskar, Prinzen von Piemont und Kronprinzen von Italien, das Kreuz der G. G. Komthure des R. Hausord. von Hohenzollern, der Prinzessin Margaretha von Savoyen, Prinzessin von Piemont und Kronprinzessin von Italien, sowie der Prinzessin Elisabeth, Herzogin von Genua, geborenen Prinzessin von Sachsen, den Luisenorden 1. Abth., dem ord. Br. f. an d. Universität zu Königsberg Dr. Burdach den R. Adl. Ord. 3. Kl. mit der Schleife verliehen.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung.

Berlin, 17. November. Am Tage des Bundesraths: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Delbrück, Ministerialdirektor der Post, Präsident Maybach, Staatsminister v. Rostk-Wilms, Geh. Räte Starke, v. Pommerscheu u.

Der Präsident v. Kordenbeck eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 10. Juni 1872, betreffend die Entschädigung der Inhaber verfallener Stellen im Justizdienst im Elsaß, und wird dieses Gesetz ohne weitere Diskussion angenommen.

Sodann folgt die dritte Beratung des Entwurfs, betreffend die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbesörzungen auf Eisenbahnen.

Zu der vom Reichstage in zweiter Beratung beschlossenen Fassung lautet

§ 1: Die Eisenbahn-Verwaltungen sind verpflichtet, Eisenbahnwagen, in welchen Pferde, Maulthiere, Gel. Rindvieh, Schafe, Ziegen oder Schweine beibehalten worden sind, sowie Rampen und die Vieh- oder Schweißstellen, welche die Thiere beim Ein- und Ausladen betreten haben, nach jedesmaligem Gebrauche einem Reinigungsverfahren (Desinfektion) zu unterwerfen, welches geeignet ist, die den Wagen und Rampen etwa anhaftenden Ansteckungsstoffe vollständig zu tilgen. Gleiches gilt für die bei V. f. f. d. r. benutzten Gerätschaften. Die Desinfektion der bei V. f. f. d. r. benutzten Gerätschaften ist anzuordnen. Auch kann angeordnet werden, daß die Viehbesörzungen der Eisenbahn-Verwaltungen nach jeder Benutzung zu desinfizieren sind. An Orten, an welchen mehrere durch Eisenbahnen mit einander verbundene Eisenbahnen münden, ist die Desinfektion der Wagen und Gerätschaften, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, an einer Stelle zu centralisiren und auszuführen.

§ 2: Die nähere Bestimmung über das anzuwendende Verfahren über Ort und Zeit der zu bewirkenden Desinfektionen, über die Höhe der zu erhebenden Gebühren, sowie über Ausnahmen von der gebotenen Verpflichtung, soweit diese das Reinigungsverfahren nach Beförderung von Pferden, Maulthieren, Gel. Rindvieh, Schafen oder das Reinigungsverfahren von zum Viehtransport benutzten Eisenbahnen betreffen, werden auf Grund der von dem Bundesrath aufgestellten Normen von den Landesregierungen getroffen.

Dazu liegen folgende Anträge vor: I. Vom Abg. Thilo: Der Reichstag wolle beschließen: 1. an Stelle des § 1 der Beschlüsse der zweiten Lesung den § 1 der Vorlage des Bundesraths anzunehmen, jedoch im ersten Absatz statt des Wortes „Rindvieh“ zu setzen: „Rindvieh“; 2. hinter § 2 folgenden Paragraphen einzufügen: „Der Bundesrath ist ermächtigt, Ausnahmen von der durch die §§ 1 und 2 festgesetzten Verpflichtung für den Verkehr mit dem Auslande insoweit zu bewilligen, als die ordnungsmäßige Desinfektion der zum Viehbesörzung benutzten, im Auslande entladenden Wagen vor deren Wiedereinführung genügend sichergestellt ist. Auch ist der Bundesrath ermächtigt, Ausnahmen von der gebotenen Verpflichtung für den Verkehr im Inlande zu bewilligen, jedoch für die V. f. f. d. r. von Rindvieh, Schafen und Schweinen nur innerhalb solcher Theile des Bundesgebietes, in welchen seit länger als drei Monaten Fälle von Lungenseuche und von Maul- und Rausen nicht vorgekommen sind.“

II. Vom Abg. Zinn: Der Reichstag wolle beschließen: § 1. Abs. 1. Die Schlussworte zu fassen, wie folgt: „den Wagen, Rampen und die Vieh- und Schweißstellen etwa anhaftenden Ansteckungsstoffe vollständig zu tilgen.“ § 1. Abs. 4. Den von dem Reichstage beschlossenen Zusatz „An Orten, an welchen“ folgende Fassung zu geben: „Für Orte, an welchen mehrere durch Eisenbahnen mit einander verbundene Eisenbahnen münden, ist anzuordnen werden, daß die Desinfektion der Wagen und Gerätschaften an einer Stelle zu centralisiren und auszuführen ist.“ III. Von den Abg. v. Behr, Schmolow und Freyher v. Mallabau: Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, nach Prüfung des vorliegenden Gesetzes erneute Anstrengungen zu machen, um die Hindernisse zu beseitigen, welche der Einfuhr des deutschen Rindviehs für den Londoner Markt entgegenstehen.

Nach Eröffnung der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Delbrück: Meine Herren, der Bundesrath hat diesen Entwurf in der Form, wie er aus Ihrer zweiten Beratung hervorgegangen einer eingehenden Prüfung unterzogen und seine Ueberzeugung ächt dahin, daß dieser Entwurf so nicht annehmbar sei. Zu der Darlegung dieses Beschlusses der verbündeten Regierungen glatte ich, unter Vermeidung auf das Amendement des Herrn Abgeordneten von Kaiserlautern nicht allzuweit geben zu müssen, indem das Amendement ja ebenfalls davon ausgeht, daß der Entwurf, wie er in zweiter Lesung angenommen war, die dritte nicht passieren könne. Natürlich beabsichtigen die Regierungen auch der Regierungen in den Abänderungen, welche § 1 und § 3 der Vorlage erfahren haben und die dahin geben, daß erstens die nach der Reinigungsanweisung nur faktisch geübte Verpflichtung zur Desinfektion der Rampen und Ausladeplätze unbedingt und obligatorisch eintreten soll und zweitens, daß die für den Bundesrath in Anspruch genommenen Ausnahmen von den in § 1 ausgedrückten Verpflichtungen eintreten zu lassen, in einer Weise beschränkt sind, durch welche sie in Wahrheit aufgehoben werden. Die Regierungen glauben im Interesse des Verkehrs diese Bestimmungen nicht annehmen zu können und daß es bei der zweiten Lesung vielmehr nur zur Klarheit gekommen sei, welche Konsequenzen das Ensemble dieser Abänderungen für den Verkehr hat. Den Bahnen soll eine Verpflichtung auferlegt werden, welche vom amtlich-ärztlichen Standpunkte aus zwar eine große Veranlassung gewährt; allein man hat sich nicht vergegenwärtigt, daß die Bahnverwaltungen befaßt sind, innerhalb der vom Bundesrath festgesetzten Norm, Gebühren zu erheben für die durch das Reichsgesetz ihnen auferlegten Leistungen. Und

wenn so oft hervorgehoben wurde, die Viehbesörzung auf Eisenbahnen trage namentlich zur Verbreitung der Krankheiten bei, so ist doch auch nicht zu übersehen, daß die Bahnen verpflichtet sind, zum Viehtransport. Dann können Sie ihnen aber nicht kostspielige Desinfektionsanrichtungen vorschreiben ohne entsprechende Entschädigung. Diese nun würde aber, wenn Sie die Desinfektion auch dem Rampen und Ausladeplätze obligatorisch machten, bis zu einem ungemein hohen Grade anwachsen. Denn zunächst haben Sie verschiedene große und verschiedenartige Rampen; machen Sie deren Desinfektion obligatorisch, so müssen alle Rampen in einer bestimmten Art und Beschaffenheit angelegt werden. Ein solcher Umbau würde 750 Mark kosten und da die Zahl der Stationen 4057 beträgt, so beträgt das für den Umbau der Rampen notwendig aufzubringende Kapital rund 3 Millionen Mark, was bei 6 pCt. eine jährliche Auslage von 180000 Mark ausmacht. Die Kosten der Desinfektion selbst ferner berechnen sich für die Rampen und Plätze auf 1) für Wagen auf 2 Mark. Dazu kommt endlich noch eine Vergütung für den längeren Aufenthalt der anderen Gesellschaften gebührenden Wagen. Jedenfalls ist klar, daß die Abgabe, welche somit durch eine obligatorische Desinfektion notwendig wird, eine ganz außerordentliche ist. Dem Ansichne nach wäre sie geringer, wenn es sich nur um die großen Viehtransporte auf den so genannten Viehwegen handelte, bei denen der Moment der Entfernung ganz wegfällt. Aber es geht noch in jenem Viehverkehr, wie in Oldenburg für Ochsen, in Bayern für Rinder, in dem eine Anzahl Stationen für den Viehverkehr ebenso sehr vorhanden sein müssen, wie für den Menschenverkehr. Unmöglich aber können Sie gebühren, diesen Klein-Transport vielleicht den Eisenbahnen abzunehmen; denn diesen können Sie doch jedenfalls eher bekommen, als den kleineren Verkehrsmitteln. Deshalb bitten Sie die Regierungen, das Amendement des Abg. Thilo anzunehmen, das des Abg. Dr. Zinn aber abzulehnen, da es viel zu detaillirt und in die Verwaltung zu tief einschneidende Vorschriften enthält.

Abg. Dr. Zinn: Ich bin gerade der Ueberzeugung, daß in einem solchen Gesetz alles scharf und bis ins Kleinste gehend bestimmt werden muß, will aber für meine Anträge nicht eingehender sprechen, da ich meine Gründe früher darth. Dem Kostenpunkt möchte ich die Bemerkung entgegenzusetzen, daß, wenn die Regierungen die obligatorische Desinfektion der Wagen, die doch immer gleich groß und gleich kostspielig, vorschreiben, die der Rampen, die je nach dem Verkehr kleiner oder größer und für Desinfektion oft an sich schon, z. B. wenn sie von Absatz und isolirt sind geeigneter sind, auf keinen Fall für annehmbar erklärt, ich mich darüber doch wundern muß. Ich gehe sogar noch weiter und sage, daß die Regierung seit dem Rinderpestgesetz die Unmöglichkeit der Desinfektion der Wagen eingesehen haben muß. Und die Möglichkeit, die Rampen ausreichend desinficiren zu lassen, wird zugestanden. Der Kostenpunkt darf aber nicht allein maßgebend sein, denn schauen Sie diese Mehrausgabe für die Rampen, so machen Sie doch alle Aufgaben unnütz und lehnen Sie dann lieber das ganze Gesetz ab.

Abg. Richter (Weissen): Es handelt sich hier nur um zwei Erwägungen, nämlich darum, ob die Gefahr größer ist, wenn wir die Rampen obligatorisch mit desinficiren, oder, wenn wir Ausnahmebestimmungen zulassen. Da ich der letzteren Ansicht bin, so bitte ich die unveränderte Fassung der zweiten Lesung anzunehmen. Wenn ich mich zu dem Amendement des Herrn v. Thilo entscheiden sollte, müßte ich erst von kompetenter Seite eine Erklärung des Begriffs Bundesgebiet hören; dieser ist zu unbestimmt; es kann einen Kreis so gut wie ein Königreich umfassen. Unannehmbar ist mir der Antrag, wenn er einen kleineren Bezirk bedeutet. Den Antrag des Abg. Freyher v. Mallabau, so lange Sie Ausnahmen in der Desinficirung der Eisenbahnwagen zulassen, da dann die englische Regierung nicht noch einen Vorwand befaßt.

Freiherr v. Rode von Rabenau: Ich meine, wir müssen nach den Erklärungen vom Bundesrathstische mit der Abschluszahlung zufrieden sein und nehmen, um nicht Alles in Frage zu stellen, das Amendement Thilo an. Ich für mich bin um so mehr dafür geneigt, da so der Lokalverkehr die angemessene Beachtung findet, die er im Interesse der Eisenbahnen und der Konsumenten finden muß. Zu meinem großen Bedauern war aber bis jetzt noch nie die Rede davon, womit desinficirt werden soll. Erst wenn dies festgestellt, können ja überhaupt erst Berechnungen angestellt werden.

In der Specialdiskussion spricht zunächst Abg. Thilo: Ich war eben weit entfernt von dem Gedanken, den ganzen Entwurf einfach abzulehnen, falls die obligatorische Desinficirung der Rampen nicht durchgeht, wie der Abg. Dr. Zinn gesagt ist. Deshalb schlug ich Ihnen auch meinen vermittelnden Weg vor; denn nach meiner Ansicht entspricht das Gesetz einem allgemeinen Bedürfnis und auch den 1871 geäußerten Wünschen des Reichstages. Sachlich kann ich mich nur den Ausführungen des Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts anschließen.

Abg. Dr. Zinn: Was den Wunsch des Abg. v. Rabenau anbelangt, so theile ich denselben; ich meine, das künftige Urtheil der Wissenschaft über Desinfektion geht dahin: Wir sind zweifelhaft, ob es etwas nützlicher ist. Die zweitwichtigste Frage wäre die der gründlichen Reinigung der Wagen, aber auch diese ist doch mindestens unsicher. Präsident Delbrück: In Verantwortung der Fassung des Herrn Abgeordneten für Vieh, über die beste Art der Desinficirung kann ich leider nur Bezug nehmen auf die Bemerkungen des Vorredners; wir sind nicht in der Lage, im Gesetz festzustellen, wie desinficirt werden soll, weil wir nicht die Garantie für das etwa vorgeschriebene Verfahren übernehmen können.

Hierauf wird der Antrag Thilo angenommen, im Wesentlichen also die frühere Regierungsvorlage.

Der Abg. Dr. Zinn zieht nun seine übrigen Anträge zurück. Präsident Delbrück: Dem Herrn Abg. Richter bin ich noch die Antwort schuldig, daß der Ausdruck eines Bundesgebietes es ganz abschließend so unbestimmt gefaßt ist; es kann ein kleiner Bezirk, es kann das Königreich Württemberg darunter verstanden werden; aber um jede Beförderung zu verhindern, kann ich konstatiren, daß wir nur große Theile des Bundesgebietes darunter verstanden wissen wollen.

Nachdem sich der Abg. Richter mit dieser Erklärung zufrieden erklärt ist, wird auch § 2 sowie § 3 nach den Anträgen des Abg. Thilo angenommen. Die Annahme des gesammten Gesetzes kann folglich nicht stattfinden, da dasselbe durch die Unzahl von Anträgen zu sehr verändert worden ist.

Sodann motivirt der Abg. v. Behr-Schmolow seinen Antrag mit folgenden Worten: Nach Annahme des obigen Gesetzes liegt nicht der mindeste Grund mehr für die britische Regierung vor, den Import von deutschem Rindvieh derart zu erschweren, wie solches jetzt und zwar mit solchem Erfolg geschieht, daß kompetente englische Autoritäten die Wertminderung pro Haupt deutschen Rindviehs für den Londoner Markt auf 40 Reichsmark schätzen.

Deutschland hat, wie England auf der internationalen Rinderpest-

Konferenz in Wien es begehrt, seit Jahren allen Import von Vieh aus England aus England verboten, es hat, gleichfalls englischen Anträgen entsprechend, auch durch strenge Kontrolle bei der Ausfuhr von Vieh in den Seelagen die Ausfuhr von Vieh zu verhindern übernommen, der wegen seiner Größe und Küstenausdehnung hauptsächlich interessirte Staat, Preußen, hat ein umfassendes Viehseuchengesetz erlassen, und wenn man das heute zur Beratung stehende Gesetz in Betracht zieht, so ist deutscherseits alles gethoben, was früher von England an Vorsichtsmaßregeln beanprucht wurde, um den für beide Länder so wichtigen betreffenden Handelsverkehr zu fördern und zu erleichtern.

Wenn auch jetzt die bisher schon in dankenswerther Weise seitens der Reichsregierung ansehnlichen Bemühungen zu Aufhebung der Einfuhrschwierigkeit keinen Erfolg haben sollten, so würde man in Deutschland kaum noch zweifeln können, daß diejenigen Rechte haben, welche in den Anordnungen der britischen Regierung nicht eine Vorsichtsmaßregel gegen Einschleppung von Viehseuchen, sondern eine protektionistische Begünstigung englischer Viehhändler erblicken.

Abg. Dr. Löwe: Daß die Engländer keinen großen Wunsch haben, die fremde Konkurrenz zuzulassen, glaube ich gern; um so mehr aber wundere ich mich, daß Sie auf Realisirung des in diesem Antrage ausgesprochenen Wunsches hoffen, indem sie der englischen Regierung doch trotz Annahme des Gesetzes den Einwand gelassen haben, daß durch das in deutschen Schiffen nach England geführte Vieh Krankheiten eingeführt werden.

Nachdem Abg. Freyherr v. Mallabau bargelegt, daß die deutschen Schiffe ja unter strengster Kontrolle ständen und Abg. Freyherr v. Rabenau die schützungslosen Bestrebungen Englands geltend, wird der Antrag gleichfalls angenommen. (Schluß folgt.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 17. November.

Das Reichskanzleramt hat sich der „Nat. Stg.“ zufolge mit Aufstellung eines Gesetzentwurfs über die Pensionen für Wittwen und Waisen für Reichszivilbeamte beschäftigt und zunächst durch die Direction der Lebensversicherungsanstalt für Deutschland in Gotha nach den Grundsätzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung ermitteln lassen, wie hoch sich die Ausgaben der Reichskasse für diese Zwecke gestalten möchten. Die gedachte Direction hat diese Aufgabe in zwei Theilen gelöst, von welcher die erste die statistischen Grundlagen, die zweite die mathematische Analyse der Berechnung entwickelt. Das finanzielle Ergebnis ist für den Bekarrungsstand eine Jahresausgabe an Wittwenpensionen von 9,660,000 Mark, an Waisenspensionen von 2,303,000 Mark, zusammen von 11,963,000 Mark. Das Reichskanzleramt hat dem Bundesrath die beiden Denkschriften als Material für seine Entschlüsse über das Zivilbeamten Pensionsgesetz zugehen lassen.

Wenn man dem „Schw. Merk.“ glauben darf, so ist es im Plane, das bisherige deutsche Telegraphen-System bereits am 1. Januar radikal zu ändern, und zwar durch Einführung einer Einheitstaxe und der Berechnung nach einzelnen Worten. Auf weitere Entfernungen würden sich die Telegramme billiger stellen, innerhalb der bisherigen ersten Zone aber, wenn sie sich nicht auf das Minimum von fünf Worten beschränken erheblich theurer werden.

Die Entschädigung für die während des letzten großen Manövers beschädigten Felder soll die Summe von 988,900 Mark ausmachen, wovon allein auf das V. Armee-corps 243,000 und auf das VI. Armee-corps 135,800 Mark entfallen.

[Mißbräuche bei den landwirtschaftlichen Ausstellungen] Der Minister für Landwirtschaft Dr. Friedenthal hat an sämtliche landwirtschaftliche Hauptvereine der Monarchie folgendes Relept gerichtet:

„Mehrfache in der letzten Zeit zu Tage getretene Mißbräuche bei den landwirtschaftlichen Ausstellungen verbundenen Vorkommen veranlassen mich, die Vorstände der landwirtschaftlichen Zentralvereine darauf aufmerksam zu machen, daß diese Mißbräuche nur beseitigt werden können, die Erlaubnis zu solchen Vorkommen fernerhin zu verweigern. Zu den Mißbräuchen rechne ich zunächst das Ueberhandnehmen der Zahl der Lotterien überhaupt, sodann das Bestreben, durch unverhältnismäßig geringen Werth der Gewinne gegenüber der Zahl und dem Preise der auszugebenden Lose einen auch mit Berücksichtigung des mit den Loosen meist verknüpften freien Eintritts zu den Ausstellungen nicht berechneten Ueberzugs für die Vereinskasse zu erzielen und endlich die mangelnde Rücksichtnahme auf die speziellen landwirtschaftlichen Veranlassungen der Verlosung bei der Auswahl der zu gewinnen anzukaufenden Gegenstände. Während diese Lotterien ursprünglich nur in beschränkter Zahl bei größeren Ausstellungen und Versammlungen stattfanden und ein Mittel sein sollten, neuere vorzügliche landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, sowie ausgemählte Zuchtthiere unter das landwirtschaftliche Publikum zu bringen, wo dasselbe noch nicht so viel Einficht und Reizung in gewerblichem Fortschritt befaßt, daß man ohne zu großen Geldverlust solche Gegenstände hätte versteigern können, finden jetzt die Lotterien fast bei jeder, auch der kleinsten Ausstellung, statt, und sind vielfach zu reinen Finanzspeculationen ausgeartet, die in der Auswahl der Gewinne und im Vertrieb der Lose kaum mehr an den ursprünglichen Zweck der Förderung des landwirtschaftlichen Fortschritts erinnern. Je weniger ich wünschen kann, daß den landwirtschaftlichen Vereinen die Unterstützung entzogen werde, welche sie in ihren Ausstellungen und sonstigen Bestrebungen aus vernünftiger Einordnung der Lotterien ziehen können, desto energischer muß ich die Vereine auf die Vermeidung der Mißbräuche aufmerksam machen, deren Fortdauer das Verbot aller dieser Lotterien herbeiführen müßte.“

Bei der Erwähnung von Bismarck's Geistesfreude auf Soberberd erinnert die „Presse“ daran, daß von den 15 Abgeordneten, die im Frühjahr 1861 aus der Fraktion Bismarck's schieden, um „Junglithau“ zu begründen nur noch zwei parlamentarisch thätig sind: 1. im Reichstage und Herrenhause von Forckenberg, damals Abg. für Mörbungen-Br. Holland; 2. im Abgeordnetenhaus Generalanwaltschaftsrath Häbler für Ragunt-Billfallen; am Leben sind außer ihnen noch folgende 7: 3. Unter Ruz für Wemel-Gebirg (fiel bei der letzten Reichstagswahl in engerer Wahl gegen Molke

durch), 4. Behrend Dänzig — der spätere erste Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, 5. Oberlehrer Gorkh in Pst. bis 1866 Abgeordneter, damals Spezialkollege des Staatsanwalts Dr. Kalt in Pst., des jetzigen Ministers, 6. Rechtsanwalt Krieger-Goldap, Abg. bis 1867, 7. Rentner Luz-Marienau, bis 1863 Abgeord. für Elbing-Marienburg, 8. Rechtsanwalt Senff-Bromberg, Abg. bis 1866, 9. Rittergutsbesitzer Stephan-Warthe für Torgau-Liebenwerder, Abg. bis 1866, 10. Gutsbesitzer Hambrodt-Neuhoff für Tilsit-Niederung noch lebt, ist dem Blatte zweifelhaft; tot sind jedenfalls folgende fünf: 11. der Rentner Souffelle-Elbing, Abg. bis 1863, † vor einigen Wochen, 12. Dr. Morgen, Gutsbesitzer, für Memel-Dehmede, 13. Rittergutsbesitzer Thiel für Friedland-Gerdauen-Rastenburg, 14. Taddel, Geh. Justizrath für Westpreußen, bis 1866 Abg. für Berlin, † 1868, und endlich 15. Hoberbeck, damals Abg. für Altmark-Delsburg. Zu diesen 15 traten zwei 1848er Demokraten, erst in Nachwahl gewählt: 16. Waldeck, Abg. für Bielefeld-Halle-Wiedenbrück und 17. Schulze-Weitzing, Abg. für Berlin. Incl. dieser beiden stellten also von den preussischen Provinzen zur Fraktion Junglitthauer-Preußen 12, Brandenburg 2, Posen 1, Sachsen 1, Westfalen 1 Mitglieder.

— Ueber die Heranziehung von Amtswohnungen zur Einquartierungslast hat der Finanzminister in Uebereinstimmung mit dem Minister des Innern neuerdings wiederum entschieden, daß Amtswohnungen in Amtsgebäuden, deren übrige Räumlichkeiten zu einem öffentlichen Gebrauche bestimmt sind, dessen ungeachtet zur Einquartierungslast herangezogen werden können. Es ist bei dieser Entscheidung der Grund maßgebend gewesen, daß, wie aus den darauf bezüglichen Verhandlungen des Reichstages hervorgeht, bei der Fassung des § 4, Nr. 3, des Gesetzes vom 25. Juni 1868 beabsichtigt war, bei denjenigen der in Rede stehenden Amtsgebäude, bei welchen der öffentliche Gebrauch überwiegt, die zum Privatgebrauche bestimmten Räume einquartierungspflichtig zu machen, und die von den Beamten benutzten Wohnungen zu diesen Räumen gerechnet werden müssen.

— Unter dem Begriff „Ausland“, welcher in den noch in Kraft bestehenden Vorschriften der Landesstrafgesetzbücher in den deutschen Reiches vorkommt, ist, nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 10. Oktober d. J., nicht jedes außerhalb des Reiches gelegene Gebiet, sondern jedes außerhalb des betreffenden Einzelstaates gelegene Gebiet zu verstehen.

Köln, 13. Novbr. Gegenüber den abweichenden Angaben verschiedener Blätter ist die „Köln Volksztg.“ in den Stand gesetzt, mitzutheilen, daß keine der jüngst veröffentlichten Erklärungen oder Antworten auf Fortzahlung des Gehalts von Seiten der Domherren Frenten, Reinarz und Welter die Zustimmung des Erzbischofs erhalten hat. Wahrscheinlich hat auch keiner der drei Herren nach der Zustimmung des Erzbischofs gefragt.

Aus Thüringen, 13. November. Das weimarische Kirchenregiment hat von den thüringischen Regierungen zuerst Stellung zum Reichsgesetz über die Bistümer genommen, die anderen Staaten werden inoffiziell voraussichtlich bald folgen. Das weimarische Kirchenregiment über die kirchlichen Eheverbindungen und Trauungen, welches zunächst nur provisorisch, jedoch mit Zustimmung des ständigen Synodalausschusses erlassen ist, steht streng auf dem Boden des Reichsgesetzes. Die kirchliche Eheverbindung hat eben so wie die kirchliche Trauung dem Aufgebot und der Beschließung durch den Standesbeamten zu folgen. In den Trauungen ist die Ehegattin mit ihrem Vornamen und als geborene so und so anzudeuten; an Stelle der formellen Zusammenfassung der Eheleute tritt die Einsegnung der ehelichen Verbindung als eine nach Gottes Wort unausslöbliche. Auch ist zugleich Vorsehrung für den Fall getroffen, daß dem Geistlichen schwere Bedenken gegen die Gewährung der kirchlichen Trauung zugehen sollten. In diesem Fall ist nach vorgängiger Verathung im Kirchen-gemeindevorstande die Entscheidung des Kirchenrathes einzuholen.

Würzburg, 17. November. Der Bischof Reismann von Würzburg ist heute früh gestorben. (Dr. Johann Valentin von Reismann, welcher den würzburger Bischofsstuhl seit dem Jahre 1871 einnahm, ist seit Kurzem der dritte bairische Bischof, welcher durch den Tod abberufen wird. Es wird durch dieses Ereignis der Konflikt zum größten Theil beseitigt werden, welcher zwischen der bairischen Staatsregierung und dem Bischof Reismann sich zu erheben begonnen hatte, indem der Kultusminister v. Luz auf die Beschwerde des würzburger Domkapitels Hohn, der wegen seiner Abstimung bei den letzten Landtagswahlen vom Bischof Reismann suspendirt worden war, von letzterem die Wiederaufhebung der Maßregel verlangte und die inzwischen ohne Zuziehung Hohn's gefaßten Beschlüsse des Domkapitels für ungültig erklärte. Herr v. Luz ist jetzt die Gelegenheit geboten, durch Auswahl einer geeigneten, friedlich gesinnten Persönlichkeit für diesen Bischofsstuhl die Zustände in der Diözese Würzburg ebenso vor Störungen zu bewahren, wie er dies durch die kürzlich erfolgte Neubesetzung der Bischofsstühle von Bamberg und Passau in Betreff dieser beiden Diözesen erlangt zu haben glaubt.)

Metz, 14. November. Das hiesige Polizeigericht verhandelte gestern Freitag gegen 126 junge Lotharinger, welche sich der Militärpflicht entzogen hatten. Die in Abwesenheit der Betreffenden geführten Verhandlungen endigten damit, daß sämtliche Angeklagte zu einer Geldstrafe von je 150 Mark verurtheilt wurden. Bei dem Verfahren ergab sich die nicht uninteressante Thatsache, daß ein ansehnlicher Theil der jungen Leute sich in der Schweiz aufhält, also aus solchen besteht, die sich auch in Frankreich der Militärpflicht nicht unterziehen, sondern sich überhaupt von letzterer frei machen wollten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. November.

r. In Angelegenheit der endlichen Herstellung des Zentralbahnhofs sind, wie der städtische Verwaltungsbereich pro 1874/75 mittheilt, alle feilherigen, im Einklange mit der Stadtverordneten-Versammlung und im engsten Zusammengehen des Magistrats, der kgl. Polizei-Direktion und der Handelskammer immer wiederholten desfallsigen Petitionen an die entscheidende Instanz erfolglos geblieben und haben Ablehnung erfahren. Zu den, unter Vorsitz der kgl. Regierung als Landesauufsichts-Behörde nach wie vor abgehaltenen Konferenzen der bei Posen theilnehmenden Eisenbahn-Gesellschaften wird die Stadtvertretung nicht mehr, wie früher, zugezogen.

r. In der Stadtverordneten-Sitzung am 17. d. M. waren 30 Mitglieder anwesend; der Magistrat war durch den Oberbürgermeister Köhler, den Bürgermeister Herse und die Stadträte v. Chlebowski, Garben, Dr. Poppe, Rump, Stenzel vertreten. Der Vorsitz führte Justizrath Pilet. Es wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten pro 1874/75 ist an die Stadtverordneten vertheilt worden, und wird demnach von der Verlesung dieses Berichtes Abstand genommen.

In Betreff des Magistrats-Antrages, die drei Steuer-Rezeptionen zu einer Steuerkasse zu vereinigen, hatte die Versammlung in ihrer vorigen Sitzung beschlossen, diesen Antrag zunächst der Finanzkommission zu überweisen. Im Namen derselben berichtet nunmehr Kaufmann S. Briske. Danach ist die Kommission im Prinzipie damit einverstanden, daß die drei Steuer-Rezeptionen zu einer Steuerkasse vereinigt werden, ist dagegen der Ansicht, daß es sich nicht empfehlen werde, wie dies der Magistrat weiter be-

antragt hatte, die gesamte Steuerkasse einem Steuereinsammler als alleinigem verantwortlichem Vorsteher, dem zwei Gehilfen beigegeben seien, anvertraut werden. Die Kommission empfiehlt demgemäß der Versammlung die Annahme folgenden Antrages: Der Magistrat wird ersucht, für die nächste Konferenz der Finanzkommission eine Vorlage vorzubereiten, die unter Aufhebung der zur Zeit etablierten drei Steuerrezeptionen die Einrichtung einer einzigen Steuererhebungskasse bezweckt, welche aus einem Kassanten, einem demselben gleichberechtigten, gleich verantwortlichen Kassirer und einem Assistenten besteht, und wobei durch zweckmäßige Organisation die volle Uebersichtlichkeit der gesamten Kasseneinzahlung und eine größtmögliche Sicherung der Geldeinkünfte ermöglicht wird. Fernere Voraussetzung ist hierbei, daß die Kosten der neuen Einrichtung die bisherigen nicht übersteigen. — Ueber die Angelegenheit entwickelt sich eine längere Debatte, an der sich Hrn. S. Löwinsohn, Kaufmann Beltejohn, Rechtsanwalt Mügel, Kommerzienrath B. Jaffe und Bürgermeister Herse betheiligen. Herr S. Löwinsohn empfiehlt dabei die einheitliche Kassenerwaltung, wie sie bei der hiesigen Regierungshauptkasse eingeführt sei, als Vorbild. Bürgermeister Herse macht dagegen geltend, daß die Instruktion der Regierungshauptkasse für unsere städtischen Verhältnisse unausführbar sei. Nach längerer Debatte nimmt die Versammlung den Antrag der Finanzkommission an, jedoch mit der Maßgabe, daß gemäß den Ausführungen des Hrn. S. Löwinsohn in der betr. Vorlage auch die einheitliche Kassenerwaltung bei der hiesigen Regierungshauptkasse mit in Erwägung gezogen wird.

Der Antrag des Magistrats in Betr. der Vereinigung der Kasse der Gas- und Wasserwerke mit der Spar- und Pfandleihkasse zu einer städtischen Institut-Kasse war in der vorigen Sitzung seitens des Magistrats gleichfalls der Finanzkommission überwiesen worden, und berichtet demgemäß über diese Angelegenheit der Kaufmann S. Löwinsohn. Derselbe bezeichnet die Vereinigung beider Kassen als eine Einrichtung, die sich seit ¼ Jahren bereits gut bewährt habe, und empfiehlt demgemäß den Magistratsantrag der von der Versammlung angenommen wird.

In Betreff der Wahl zweier unbesoldeter Magistratsmitglieder hatte die Versammlung in ihrer vorigen Sitzung eine Kommission mit der Aufstellung von 6 geeigneten Kandidaten aus der Bürgerschaft beauftragt, von denen alsdann die Versammlung zwei zu unbesoldeten Magistratsmitgliedern wählen werde. Wie Buchhändler Türl mittheilt, hat die Kommission diese Kandidaten aufgestellt. Es wird hierauf zunächst zur Wahl eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes an Stelle des verstorbenen Baumeisters Schulz geschritten; es erhalten: Apotheker, Medizinalassessor Reimann 28 Stimmen, Baumeister Müller 1 Stimme, 1 Zettel ist unbeschrieben, so daß demnach der Erste gewählt ist. Bei der Wahl an Stelle des ausgeschiedenen Kaufmanns Mich. Breslauer erhalten: Kommerzienrath Samuel Jaffe 17, Steuerrath Neufanz 9, Baupfleger Müller 2, Baumeister Sigt 1 Stimme; 1 Zettel ist unbeschrieben. Da die absolute Majorität 16 beträgt, so ist demnach Kommerzienrath S. Jaffe gewählt.

Zwei Mitglieder der Klassensteuer-Einschätzungskommission des IV. Reviers, Küschnermeister Grünig und Konditor Theodor Wolfowitsch haben die auf sie gefallene Wahl abgelehnt. Wie Kaufmann Beltejohn mittheilt, hat die Wahlkommission die Ablehnungsgründe des Herrn Grünig für begründet erachtet, und schlägt an Stelle desselben den Kreisgerichtsekretär Rosenthal vor. Dagegen hat sie das Ablehnungsgesuch des Herrn Theo. Wolfowitsch nicht angenommen. Die Versammlung schließt sich dem gemäß den Anträgen der Wahlkommission an.

Zur Umpflasterung der Kleinen Ritterstraße hatte der Magistrat die Bewilligung der Summe von 19,000 M. beantragt, indem diese Straße in einer Breite von 40 Fuß von der Ecke der St. Marienstraße bis zur Neuen Gartenstraße gepflastert werden soll. Steuerrath Neufanz, welcher über diese Angelegenheit berichtet, empfiehlt jedoch, die Pflasterung bis zur bevorstehenden Ausführung der Kanalisation zu verschieben, da sonst wegen des Legens der Kanalaröhren das Pflaster später aufs Neue aufgerissen werden müßte. Stadtbaurath Stenzel dagegen empfiehlt, mit der Pflasterung vorzugehen, sobald dies die Bitterung gestalte, da die Kanalisation gleichzeitig mit der Pflasterung gelegt werden könnten, und von der kgl. Regierung und dem Polizeidirektorium darauf gedrungen werde, die Kl. Ritterstraße baldigst zu regulieren. — Maurermeister Hesselbein macht geltend, daß die Pflasterung nicht in solcher Güte ausgeführt zu werden brauche, wie dies der Magistrat beantragt habe, da das Festungsthor in der Verlängerung der Kl. Ritterstraße doch nicht zu Stande komme und sich demgemäß über diese Straße kein sehr bedeutender Verkehr bewegen werde. Nach längerer Debatte beschließt die Versammlung gemäß dem Antrage des Steuerraths Neufanz Vertagung der Angelegenheit.

In Betr. des Neubaus des hiesigen Stadttheaters theilt Kaufm. A. Beltejohn mit, daß, nachdem in der Sitzung am 30. Juni d. J. über den Antrag des Magistrats in Betr. des Theatershaus zur Tagesordnung übergegangen, und demnach die von der Städteordnung vorgeschriebene Frist von 3 Monaten verstrichen sei, nunmehr unter dem 8. November d. J. ein von mehreren Mitgliedern unterzeichneter neuer Antrag eingebracht worden sei. — Neben rekapitulirt hierauf den bisherigen Gang der Verhandlungen in der Theater-Bau-Angelegenheit, erörtert die bisherige Wirksamkeit der Theaterkommission, sowie die verschiedenen Bauprojekte, welche eingebracht worden seien, und erwähnt dabei insbesondere des von dem Magistrat beschlossenen Projektes, nach welchem der Bau in derartigen Ausdehnungen auszuführen vorgeschlagen wird, daß er 800 Zuschauer fassen könnte, 116,000 Thlr., und bei einem Zuschauerraum für 700 Personen 99,000 Thlr. kosten würde, wovon noch der Werth für das alte Baumaterial abzurechnen sei. Es wurde demgemäß folgender Antrag gestellt:

Die Versammlung beschließt, 1) den Magistrat zu ersuchen, das mittelst Antrages vom 13. Juni d. J. die Stadtverordneten-Versammlung überreichte Neubau-Projekt 0 für das hiesige Theater mit einem Kostenaufwande von 99,000 Thlr., bestimmt für 700 Zuschauer, möglichst schnelligst in Ausführung zu bringen, und bemittelt hiermit zu diesem Behufe die Summe von 40,000 Thlr. aus dem Darlehen des Reichs-Invaliden-Fonds unter der Voraussetzung, daß durch die Gnade Seiner Majestät des Kaisers 20,000 Thlr. als Geschenk und 30,000 Thlr. als Darlehen unter den früheren, in den Stadtverordneten-Sitzungen am 4. April und 10. September 1873 akzeptirten Bedingungen gewährt werden; 2) den Magistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf Grund des § 59 der Städte-Ordnung die selbstständige Ausführung dieses Beschlusses der bereits bestehenden gemischten Theaterkommission, bestehend aus den Herren Bürgermeister Herse, Kommerzienrath B. Jaffe, Stadtbaurath Stenzel, Dr. Brieger, Steuerrath Neufanz und Maurermeister Hesselbein übertragen werde; 3) der Kommission werden 250 Thlr. bewilligt, um die von Seiten der Staatsbehörde zur weiteren Vorlage verlangten Spezial-Zeichnungen und Kostenaufschläge fertigen lassen zu können, und derselben anheimzustellen, zur Beaufsichtigung des Baues einen Architekten zu engagiren.

Es wurde gegenüber diesem Antrage, fäht Referent fort, velleicht auf die mögliche Finanzlage der Stadt hingewiesen; doch habe sich die Finanzlage insofern entschieden gebessert, als die Stadt für das nächste Jahr beträchtlich weniger provinziale Lasten zu tragen habe, als im Vorjahre. — Ueber diese Angelegenheit entwickelt sich eine längere lebhafteste Debatte, an der sich Rechtsanwalt Mügel, Buchhändler Türl, Apotheker, Medizinalassessor Reimann, Kommerzienrath S. Jaffe, Bürgermeister Herse, Stadtbaurath Stenzel, Dr. Brieger, Kommerzienrath B. Jaffe, Kommissionsrath Cohn, Steuerrath Neufanz, Posthalter Gerlach, Dr. Brieger betheiligen. Rechtsanwalt Mügel ist der Ansicht, daß die Kommune keine Verpflichtung habe, das Theater zu bauen, daß er jedoch dafür sein würde, wenn sie die Mittel dazu hätte. Daß aber die Finanzlage der Stadt eine unangünstige sei, würde die Städteverehrung, in welche die Versammlung nächstens eintreten werde, zur Genüge ergeben. Trotzdem die Provinzialbeiträge pro 1876 bedeutend geringer seien, als pro 1875, wachsen trotzdem die Ausgaben, und werde demgemäß pro 1876 ein Zuschlag von 20 Prozent zur Kommunal-

Einkommensteuer erforderlich sein. Wenn aber erst die Schlachtsteuer in Wegfall komme, so werde ganz erheblich mehr an Einkommensteuer zu zahlen sein. Bei dieser drohenden Verschärfung der städtischen Finanzlage beantragte er, noch nicht in die materielle, sondern nur in die formelle Behandlung der Sache einzutreten, und darüber zu beschließen, ob und an welche Kommission der Antrag zu überweisen sei. — Buchhändler Türl beantragt Uebergang zur Tagesordnung. — Kommerzienrath S. Jaffe hegt die Hoffnung, daß es möglich sein werde, von Sr. M. dem Kaiser, welcher 40,000 Thlr. bewilligt habe, 50,000 Thlr. zum Theaterbau zu erhalten; um die übrigen 40,000 Thlr. aufzubringen, könnten 20,000 Thlr. aus dem Reservefonds der Sparkasse, 20,000 Thlr. aus den laufenden Einnahmen entnommen werden.

— Bürgermeister Herse dagegen spricht den Wunsch aus, es möge über den Reservefonds der Sparkasse nicht zum Theaterbau verfügt werden, da derselbe nur zu wohlthätigen Zwecken verwendet werden könne. — Kommerzienrath B. Jaffe weist auf die Nothwendigkeit hin, die bisherige Misere der hiesigen Theaterzustände durch Errichtung eines neuen Theaters zu beseitigen und beantragt Ueberweisung der Angelegenheit an eine Kommission ad hoc. — Kommissionsrath Cohn bebt hervor, daß es sich beim Theaterbau ja nur um 2500 Thlr. jährlicher Zinsen handle, und daß der Theater-Neubau durchaus eine Nothwendigkeit sei, da im Uebrigen unsere Stadt ja wenig genug Annehmlichkeiten biete. — Steuerrath Neufanz führt aus, daß ein neues gutes Theater sich auch finanziell rentiren werde, indem es unzweifelhaft viele Besucher aus der Provinz herbeiziehe, und durch Vermietung von Geschäftsräumen sicher 3000 Thlr. jährlich abwerfen werde, wofür er die Garantie zu übernehmen bereit sei. — Nach längerer Debatte wird beschlossen, den Antrag an eine Kommission ad hoc zu weiterer Erwägung zu überweisen. In diese Kommission werden gewählt: Kaufmann S. Löwinsohn, Rechtsanwalt Mügel, der Kommerzienrath B. u. S. Jaffe, Kommissionsrath Cohn, Kaufmann Sal. Briske, Stadtdirektor Dr. Rafowicz, Kaufmann Kantorowicz, Steuerrath Neufanz, Dr. Brieger, Maurermeister Hesselbein, Kaufmann Beltejohn, Justizrath Tschuske.

r. Die Volkszählungskommission hatte zu Mittwoch Abend die Zähler in den einzelnen Revieren zusammenberufen, um ihnen die Zählarten, die Instruktion und sonstiges Material einzuhändigen, sowie mit ihnen das Verhalten in bestimmten Fällen zu besprechen. Diese Veranlassungen fanden statt: für das I. Revier im Magistrats-Sitzungs-Saale, für das II. Revier im Stadtverordneten-Sitzungs-Saale, für das III. Revier in der Aula der Realschule, für das IV. Revier in dem Handels-Saale, für das V. Revier in der Domschule, für das VI. Revier in der Aula der Mittelschule. Den Vorsitz führten die betr. Mitglieder der Kommission. Leider haben von 375 Personen, welche aufgeführt worden sind, als Zähler mitzuwirken, etwa 100 abgelehnt, darunter, wie uns mitgeteilt wird, ganz besonders viele königliche Beamte, auf die man vornehmlich gerechnet hatte. Auch die gestrigen Versammlungen waren im Allgemeinen nicht sehr zahlreich besucht.

r. In Betr. des Gerberdamms, war seitens der städtischen Behörden unter Zustimmung der kgl. Regierung an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe die Petition gerichtet worden, daß die Herstellung eines Niveau-Ueberganges über die Bogen-Thorner Eisenbahn auf dem, alsdann entsprechend aufzuführenden Gerberdamme gestattet werde. Diese Petition ist abgelehnt, und nunmehr endgültig dahin entschieden worden, daß es beim Belassen der bisherigen Unterführung daselbst — allerdings unter Beseitigung des Mittelstreifens und Erhöhung der Trottoirs gegen den Fahrdamm hin — sein Verbleiben behalten müsse. — Auch der Frage über die Bebauung eines Theils der angrenzenden Dominikanerwiese, welche von der Höhenlage des Gerberdamms abhängt, ist städtischerseits näher getreten, und dabei die kgl. Festungsbaudirektion gemäß der gelegentlichen Vorchrift ersucht worden, diejenigen Richtungslinien zu bezeichnen, in welchen die auf diesem Terrain zu entwerfenden Straßen und Bebauungsplanen sich zu halten haben. Bis jetzt ist eine Antwort auf diese Anfragen noch nicht erfolgt. — In gleicher Weise haben die Unterhandlungen mit dem kgl. Militär-Behörden über die nunmehr ebenfalls erst definitiv herzustellende Befestigung des Gerberdamms wieder aufgenommen werden können, und soll nun diese Angelegenheit ebenso, wie die, den oberen Infanterien vorliegenden Frage über das Recht der Mitbenutzung erheblicher Wallstraßen strecken, zumal auf dem linken Wartheufer, zum endgültigen Austrage gebracht werden.

Aus dem Gerichtssaal.

— h — Posen, 17. November. [Breschprozeß.] Außer dem bereits mitgetheilten Breschprozeß kam vor der Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts heute noch ein weiterer zur Verhandlung. Als Angeklagter erscheint der Redakteur des „Diennit Boyon“, Stanislaus v. Bronikowski. In Nr. 182 der gedachten Zeitung vom 12. August 1875 hatte nämlich ein „Skolka Zabikowska“ betitelter Artikel gestanden, in welchem behauptet wird, daß die Landesverweisung von 30 Schülern und 3 Lehrern der Aderbauerschule in Zabikowo nicht in einem Verbrechen der Schüler seinen Grund habe, insbesondere nicht in einer Beleidigung des Pfarrers Bronikowski, sondern lediglich in dem polnischen Charakter der Schule. In dem Artikel wurde die Aufweisungsmäßigkeit als aus einem Systeme der Dummheit und der Verwilderung hervorgegangen charakterisirt. In dieser Sache hatte schon einmal Termin angesetzt und war damals beschlossen worden, vom kgl. Oberpräsidium die Akten, betreffend die Landesverweisung von Schülern und Lehrern der Aderbauerschule in Zabikowo einzufordern, außerdem als Zeugen den Pfarrer Bronikowski aus Wirz und den Direktor der betreffenden Schule Dr. Au zu laden. In der heut. Verhandlung wurde nun zunächst ein Schreiben des Oberpräsidiums, worin derselbe anzeigt, daß über die erwähnte Landesverweisung gar keine Akten angelegt worden wären, sondern dieselbe veranlaßt sei durch ein unangemessenes Verhalten mehrerer Schüler der Aderbauerschule dem Pfarrer Bronikowski gegenüber. Der letztgenannte befindet sich, daß als er am 18. Mai d. J. durch das in der Nähe von Zabikowo liegende Dorf Likan an einem Hause, in welchem Zabikowier Schüler wohnten, vorbeigefahren sei, ein junger Mensch, von dem er aber nicht wußte, ob er ein Schüler der zabikowier Schule sei, ihn scharf fixirt und dann ausgespuckt habe. Als er auf dem Heimwege an denselben Haus vorbeigekommen, habe er mehrere junge Menschen an denselben stehen sehen, welche hüsteln, als er vorbeikommt und unverständliche Worte murmelten. Hr. Direkt. Dr. Au bezeugt, daß er trotz der strengsten Untersuchung einen Schuldigen unter seinen Schülern nicht habe entdecken können. In Nr. 182 des „Diennit Boyon“ vom 16. Oktbr. 1875 war ferner eine Korrespondenz aus Rom enthalten, in welchem eine Rede des Papstes mitgetheilt wurde, in welcher derselbe äußerte, daß neue protestantische Kaiserreich ginge auf eine Vernichtung der katholischen Religion nicht nur innerhalb seiner Grenzen, sondern vom ganzen Erdboden aus. Der Staatsanwalt beantragte wegen herder Artikel unter Berufung auf § 133 des Strafgesetzbuchs, gegen den Angeklagten eine dreimonatliche Gefängnisstrafe auszusprechen. Der Angeklagte hat den Gerichtshof um Vertagung der Sache, da der Justizrath Le Biseur, welchen er zum Vertheidiger erwählt habe, erkrankt sei, nicht übernehmen wolle. Der Gerichtshof lehnte jedoch den Antrag des Angeklagten ab und erkannte gegen denselben wegen wiederholten Vergehens wider die öffentliche Ordnung im Sinne des § 133 des Strafgesetzbuchs zuzüglich zu der am 4. September er. gegen ihn erkannten dreimonatlichen Gefängnisstrafe auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Berlin, 15. November. Ueber eine interessante Gerichtsverhandlung wird folgendes berichtet: Der jetzt hier in Berlin lebende Maschinen- und Maschinenbau-Ingenieur Herr Louis Adolf Armin Barthelemy ist früher als Premier-Lieutenant bei einem sächsischen Infanterie-Regiment in Dresden, mußte jedoch schon früher den Dienst quittiren. Er durchstreifte später ganz Deutschland, um sich endlich hier in Berlin als Maschinen-Ingenieur unter dem Namen Berg-

man niederzulassen. Warum er diese Namenverwechslung vornahm ist bis jetzt nicht aufgeklärt worden; möglicherweise wollte er damit vor den Folgen einer auf seinen Streifzügen verübten Frechheit schützen. Im Juni d. J. erneuerte Bartenstein die Bekanntschaft eines ehemaligen Regimentskameraden, des Lieutenant Z., der von Leipzig nach Berlin kommandirt war; kurze Zeit nachher erhielt B. sowohl wie dessen Eltern Schmäbbriefe, deren Schreiber, der Franzmann Ernst Friedrich Wächter, den B. großer Vergehen gegen die Sittlichkeit beschuldigte und durch iden ließ, er werde die Sache an die öffentliche Stelle anbringen, wenn ihm nicht eine anständige Abfindungsumme geboten werde. B. war sofort entschlossen, dem Erpressungsversuch die geeigneten Abwehrmittel entgegenzusetzen, und da sich bei den eingeleiteten polizeilichen Recherchen herausstellte, daß Bartenstein alias Bergmann bei Wächter in Schaffelle lag und dieser nach Lage der Sache nur Anführer des Komps als sein konnte, wurden beide verhaftet. Im Laufe der Voruntersuchung versuchte Bartenstein zwar anfänglich, den falschen Namen beizubehalten, trotzdem wurde ihm aber nachgewiesen, daß er nicht nur den Erpressungsversuch gegen Z. in Scene gesetzt, sondern auch noch dem Wiener Dege drei Ringe im Werthe von 40-50 Thlr. gestohlen hatte, und der Schreiber der Briefe B., wurde auf dem noch der Untersuchung mehrerer von dem Tirolermeister Götsch auf Verhaftung entnommenen Möbel überführt. Da B. im geistigen Termin beschwor, den B. vorher niemals gesehen zu haben, sprach der Gerichtshof gegen beide Angeklagte das Schuldig aus und verurtheilte nach den Anträgen des Staatsanwalts Bartenstein wegen verführerischer Erpressung, Diebstahls und Fälschung falschen Namens zu 2½ Jahren Gefängniß, einer Woche Haft und 3 Jahren Ehrverlust, B. wegen verführerischer Erpressung und Unterschlagung zu einem Jahre Gefängniß und Ehrverlust von gleicher Dauer.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Von dem „Preussischen Termin- und Notiz-Kalender“ zum Gebrauch der Beamten der allgemeinen Verwaltung und der Verwaltung des Innern ist (bei Friedrich Schulte in Berlin, Wilhelmstraße 1a) der 7. Jahrgang (1876) erschienen. Derselbe enthält außer dem gewöhnlichen Kalenderstoff ein Namensverzeichnis der Beamten, einige oft gebrauchte Gesetze und manche andere Notizen, welche ihn nicht nur für Verwaltungsbeamte sondern auch für Ortsvorstände und Standesbeamte zu einem nützlichen Taschenbuche machen.

* Die Prüfung der Arzneimittel mit Rücksicht auf die wichtigsten europäischen Pharmakopöen nebst Anleitung zur Revision der öffentlichen und der Hausapotheken, Drogen- und Mineralwasser-Anstalten, Droguen- und Materialwaaren Handlungen. Zum Gebrauch für Medizinal-Beamte, Ärzte, Apotheker und Droguisten, von B. Hirsch, Apotheker in Gießen. Zweite vollständig neu bearbeitete Auflage. 107 Bogen. 8 geh. Preis 27 Mark. Verlag der Geb. Ober-Hofbuchdruckerei (K. v. Decker) in Berlin.

Es ist jetzt die zweite Hälfte (der Schluss) des genannten und schon im vorigen Jahre nach dem Erscheinen der ersten Hälfte dieses Werkes ausgegeben. Dasselbe ist zunächst eine Folge des Erscheinens der Pharmacopoea Germanica und hat sich die Aufgabe gestellt, die Verordnungen dieses Gesetzesbuches des Deutschen Reiches auf das Gründlichste zu erläutern, und ihre Ausführung durch zuverlässige sachverständige Anweisung sicher zu stellen — eine Aufgabe, an deren befriedigender Lösung eben sowohl der Gesetzgeber selbst als die beehrten Praktiker das größte Interesse haben. Das Werk handelt in drei Abtheilungen, zuerst von der Anleitung zur Erkennung und Prüfung der Arzneimittel, sodann von der administrativen Oberaufsicht über sämtliche Institute, welche Arzneien resp. Arzneiwaaren feilbieten, und giebt endlich im dritten Theile tabellarische Zusammenstellungen der in der Pharm. Germ. bei den einzelnen Artikeln zerstreut angeführten formellen Bestimmungen. Die erste, weitaus größte und wichtigste Abtheilung umfaßt die Lehre von den wissenschaftlichen Hilfsmitteln zur Prüfung der Arznei, und die Anleitung zu den einzelnen Prüfungen selbst. Hier sind Darstellung und Anweisung überaus klar und genau, wie denn überall ersichtlich ist, daß die Angaben auf eigener tüchtiger Arbeit und Forschung beruhen und damit auch die zuverlässige Führung auf dem schwierigen Gebiet der Arzneimittelprüfungen um so gewisser verbürgen. Dies Gebiet ist natürlich vorzugsweise dasjenige der Pharm. Germ. und in jedem Punkte gewissenhaft berücksichtigt; die Arbeit erstreckt sich jedoch, wie bereits erwähnt, in doppelter Beziehung über dies Gebiet hinaus, indem sie einerseits die abweichenden gesetzlichen Bestimmungen anderer (fast aller europäischen) Pharmakopöen ansieht und erläutert, andererseits zahlreiche ältere und neuere, nicht unwichtige Mittel aufgenommen hat, welche die Pharm. Germ. nicht enthält, über die man aber dennoch ebenso gut unterrichtet sein muß. Aus gleicher Rücksicht giebt der Herr Verfasser auch im Anhang Auskunft über die allernuesten Mittel, wie Salicylsäure, Amylnitrit, Dronwasser, Jaborandi u. dgl. — Besonders hervorzuheben ist die gleichmäßig aufmerksame Behandlung des Stoffes, so daß nicht etwa die chemischen Arzneimittel mit besonderer Vorliebe bearbeitet und dagegen die Drogen und galeischen Mittel kurz abgethan sind, es ist vielmehr auch den Drogen große Sorgfalt gewidmet, und die allgemeinen und speziellen Artikel, Wässer, Extrakte, Säfte, Tinkturen u. dgl. haben eine sehr eingehende, außerordentlich lehrreiche Behandlung erfahren. Im zweiten Theile giebt der Verfasser eine auf Erfahrung und selbstständiges Urtheil gegründete Anleitung zur Ausführung der sogenannten Revisionen der öffentlichen Apotheken, sowie der ärztlichen Hausapotheken, der Dispensarienthalten, der Mineralwasseranstalten, der Drogen- und Materialwaarenhandlungen. Diese Anleitung kann in erster Reihe den ausführenden Kommissionen zur Richtschnur dienen; nicht minder nützlich und wichtig ist sie aber auch für den anderen Theil, nämlich für den zu revidierenden Apotheker, Arzt oder Droguisten, weil dieselben aus dem vorliegenden Werke den Umfang ihrer Verpflichtungen und die Grenze der an sie zu stellenden Anforderungen mit Zuverlässigkeit kennen lernen. Alle Angaben sind nämlich durch die Anführung der noch gültigen Gesetze und speziellen Erlasse motivirt, in den meisten Fällen mit wörtlichem Abdruck der betreffenden Verordnungen, oder wenigstens mit genauen Hinweis auf dieselben nach Tag, Jahr und Verwaltungsbezirk. Hierzu enthält dann der Nachtrag des Buches noch ein interessantes chronologisches Verzeichniß sämtlicher älteren Gesetze und Verordnungen. Der dritte Theil endlich führt in Tabellenform die speziellen Bestimmungen der Pharm. Germ. über Aufbewahrung und Einsammlung der Arzneimittel, die Verordnungen derselben, über spezifische und Atomgewichte, über die höchsten Dosen der starkwirkenden Mittel u. s. w. auf eine höchst nützliche Arbeit, weil namentlich die ersagten Bestimmungen nur zerstreut in der Pharmacopoe zu finden und deshalb leicht zu übersehen sind.

Staats- und Volkswirtschaft.

* Elberfeld, 17. November. Die Gesamteinnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn und der Ruhr-Sieg-Eisenbahn betragen im Monat Oktober 5,503,729 Mk. gegen 5,704,247 Mk. im Monat Oktober des Vorjahres, mithin Mindereinnahme 200,518 Mk. Vom 1. Januar bis mit Oktober d. J. betragen die Einnahmen 51,910,144 Mk. gegen 48,993,973 Mk. in demselben Zeitraum des Vorjahres, mithin Mehreinnahme 2,916,171 Mk.

* Wien, 17. November. Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank. *)

Potentialauf	312,631,300	Abnahme	6,565,970	fl.
Metallschatz	136,092,224	Abnahme	150,000	„
In Metall zahlbare Wechsel	10,537,209	Abnahme	473,931	„
Staatsnoten, welche der Bank gehören	2,071,426	Zunahme	147,271	„
Wechsel	138,339,833	Abnahme	5,331,926	„
Lombard	31,622,200	Abnahme	565,500	„
Engelgeld und bürgerliche Geldbriefe	4,151,000	Abnahme	40,533	„

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 10. November.

** Wien, 17. November. Die Einnahmen der franz. österreich. Staatsbahn betragen am 12. und 13. November 237,182 fl.

** Wien, 17. November. Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahn (Herr. Neg.) betragen in der Woche vom 5. bis zum 11. November 713,580 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 52,171 fl.

Nach einer Meldung der „Deutschen Zeitung“ haben die hiesigen Eisenbahndirektionen beschlossen, den Januar Coupon der Prioritäten mit 13½ Reichsmark einzulösen.

Vermischtes.

* Dr. Stroussberg im Gefängniß. Ueber Dr. Stroussberg erzählt die „Moskauer Ztg.“, daß er in die sogenannte adlige Abtheilung des Schuldthurms gesetzt wurde, weil diese reinlicher und sicherer war. — Auf die Frage, was ihm benoten, nach Moskau zu kommen, antwortete er, er sei einfach dem Buge seines Herzens gefolgt, daß von dem guten Streben durchdrungen gewesen, der Kommerzbank zu helfen. Es wäre ihm das auch gelungen, wenn man ihm in Moskau noch 2,000,000 Rubel geliehen hätte, mit deren Hilfe er seinen Kredit befestigt und die Bank von der Katastrophe bewahrt hätte. Im Schuldthurm genießt Stroussberg alle Freiheit, nur daß er natürlich nicht fortgehen darf. Er steht Morgens früher, als die anderen Schuldgefangenen, schon um 8 Uhr auf, trinkt seinen Thee und liest dann ernste, wissenschaftliche Bücher. Ist er vom Lesen ermüdet, so legt er gründe patience. Er versteht wenig Russisch und darum übersetzt ihm einer seiner Kameraden den Inhalt der moskauer Blätter. Er weicht Unterhaltungen mit seinen Lebensgenossen nicht aus, was auch schwer wäre, da er mit Anderen das Zimmer theilt. Die Ausstattung seines Zimmers ist kläglich genug. Es ist ein kleines Zimmer in der unteren Etage, die Tapeten sind schmutzig und zerissen, die Holztische mit dicker Schmutzschicht bedeckt, die Mobilien zerbrochen. Eine spanische Wand bildet zwei Abtheilungen. Die vordere größere ist Aufstellort für 4 Insaßen, die sich zu allen Mahlzeiten wie zur gefälligen Unterhaltung, an der Stroussberg Abends regen Antheil nimmt, an einem großen Tisch, der von einem Sopha und einigen wackeligen Stühlen umgeben ist, zusammenfinden. Die kleinere Abtheilung ist nochmals durch eine Bretterwand getheilt und enthält zwei Schlafkammern, jeder Raum ist vier Schritte lang und drei Schritte breit und enthält zwei Schlafstellen. Stroussberg's Bett zeichnet sich durch tadellos reine Wäsche aus, was von den übrigen nicht zu behaupten ist. Vor dem Mittag, das er sich aus dem „Hotel Dufour“ holen läßt, macht Stroussberg einen Spaziergang in dem überfüllten Hof des Schuldthurms. Er empfängt ungehindert Besuch, der nur die Formalität zu erfüllen hat, seinen Familiennamen anzugeben. — Die Kleidung Stroussberg's ist überaus einfach. — Den schneidenden Umschlag in seinem Gesicht trägt er scheinbar mit Festigkeit, soll aber jedes Mal sehr nachdenklich vom Untersuchungsrichter zurückkommen, welcher ihn als Zeugen in Sachen der Kommerzbank vernimmt.

* Ueber den Berliner Börsensturz schreibt der „Trib.“ ein Börsenbeobachter: Der Börsensturz bedarf entschieden einer gründlichen Desinfektion. Die jüngsten Vorfälle sollten eine genügende Veranlassung bieten. Eine Verleumdung wurde durch eine Lynchjustiz ausgeübt, die Börsen war der Schauplatz einer Brüggelei, an welche, wenn sich selbe in irgend einer Reihe jugendlicher Hölle, Preße und Publikum so vielen Tadel über die öffentliche Sicherheit geknüpft haben würden. Gleich tadelnswürdig sind Vergehen und Nebende, obgleich wir gerne zugeben wollen, daß der Verleumdete in den Zustand erklärlicher Gereiztheit verlegt worden war. Aber dagegen muß geltend gemacht werden, daß der persönliche Verkehr in der Börsen längst alle Formen gebildeten Umgangs eingebüßt hat. Das brutale Reden Fremder, das absichtlich ohreberaubende Schreien, das Stoßen und Tippen u. s. w. haben es bewirkt, daß auch das Verleumdete in den Schadenfreude über das Unglück einer Firma u. s. w. mit mehr Leichtfertigkeit und mit weniger Ueberzeugung von der damit beengenen Rohheit gewagt werden, als in anderen Gesellschaftskreisen. Es wird übrigens verstanden, daß die, wie wir zugeben, schwergetränkte Firma einen derartigen ihrer Angehörigen mit der Herbeiführung der traurigen Scene betraut hat, dessen Strafausspruch vom Börsenbefeehl ohne Schaden für die Geschäfte jener Firma erfolgen konnte. Wohin aber sollen solche ähnliche Scenen führen, als in erster Linie zu einem verächtlichen Urtheil über die Kaufmannschaft von Berlin? An der londoner, triester, hamburger und anderen Börsen sind Vorfälle, wie sie durch Uebermuth, Bosheit oder Tölpelhaftigkeit an der Berliner Börsen herbeigeführt werden, geradezu unmöglich, und im Interesse des gestifteten Theils der Kaufmannschaft Berlins ist schleunigst Wandel zu schaffen. Können die „Aeltesten“ die Polizei in der Börsen nicht ausüben, so muß ein Ersatz geschaffen werden, damit endlich ein Ton wieder hergestellt werde, der es verhindert, daß leichtfertige Verleumdungen und Faustkämpfe auch ferner als selbstverständlich erscheinen, und der unsere Börsen wenigstens dem Auslande gegenüber von dem naheliegenden Vorwurf reinigt, daß dieselbe nur von mangelhaft erzogenen Menschen besucht wird.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 17. Nov. Kardinal Rauscher ist an der Lungenentzündung bedenklich erkrankt.

Wien, 17. Nov. Ritter v. Schmerling empfing, wie die heutigen Blätter melden, eine kaufmännische Deputation, welche ihm als dem obersten Richter des Reiches eine Adresse des Vereins für kaufmännische Interessen überreichte. Die Adresse betont nachdrücklich, daß das hohe Staatsverdienst das Gleichgewicht der Ausgaben zu den Einnahmen gewaltig stört und die Summen für den Staatshaushalt bald nicht mehr aufzubringen sein werden, weshalb jeder Patriot mit banger Sorge in die Zukunft blicke. Ritter v. Schmerling antwortete, daß es in der That nothwendig sei, ohne Unterlaß das Thema der Heeresabrüstungen vorzubringen, um dieselbe endlich herbeizuführen. Bezüglich seiner Handelspolitik sei Oesterreich viel zu viel kosmopolitisch gewesen und müsse nunmehr mit dieser Politik brechen, um die Industrie vor gänzlicher Erdrückung zu schützen.

(S. L. B.)

Brüssel, 17. November. In der heutigen Sitzung der Deputirtenammer interpellirte der Deputirte Pirmes die Regierung über die beträchtlichen Verkäufe von Waffen und Kriegsmaterial Seitens des Militärdepartements in Charleroi und hob die Bedenken hervor, zu denen diese Verkäufe Anlaß gäben. Der Finanzminister Malou beantwortete die Interpellation dahin, daß die erwähnte Angelegenheit allerdings in Erwägung gezogen werden müsse, indeß glaube er, daß der Ankauf der Waffen nicht in der Absicht einer unerlaubten Verwendung erfolgt sei. Die Regierung habe übrigens nur einen Verkauf von Waffen veranlaßt. Endlich bemerkte der Minister, daß die Gefekgebung keine den Verkauf von Waffen betreffende Bestimmung enthalte. Die Regierung hoffe jedoch bald in der Lage zu sein, der Kammer einen auf diesen Gegenstand bezüglichen Gesetzentwurf vorlegen zu können, durch den die Uebelstände, welche sich möglicher Weise bereits ergeben hätten oder in Zukunft noch ergeben könnten, beseitigt werden würden.

Rom, 16. November. Das Subkomite des Budgetausschusses hat die vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten aus Veranlassung der bevorstehenden Erhebung der italienischen Gefandtschaft in Berlin zum Range einer Botschaft in das Budget des Ministe-

riums des Auswärtigen eingestellte Mehrforderung von 60,000 Frs. bewilligt. — Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, durch welches für die zum Zwecke der Trennung des oberitalienischen Eisenbahnnetzes von dem südösterreichischen Netze zu führenden Verhandlungen der Betrag von 10,000 Franken angewiesen wird.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wagner in Bosen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angelkommene Fremde

18. November.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Freitag aus Sulec, Lieut. Meyer aus Golencowo, die Rentiere Frau Stierke und Tochter aus Bromberg, Frau Monoule aus Boulogne, Fabrikbesitzer Klein aus Erdmannsdorf, Fabrikant Manasse und Familie aus Stettin, Pastor Fischer u. Frau a. Greifenberg, Ingenieur aus Danzig, Oberamtmann Holke aus Genthin, die Kaufleute Landsberg und Jaffe aus Berlin, Desances aus Paris, Schnippel a. Radno, Johanninga aus Stettin.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbes. Komarski aus Polen, Morawski aus Stralkowo, Schuman aus Kowro, Winkelmann aus Gora, die Kaufleute Reiche und Rohmann aus Breslau, Schirmes aus Danzig, Kieganek aus Glogau, Weidner aus Ratibor, Samuel aus Berlin, Neud aus Dresden und Komarski aus Warschau.

KEILERS HOTEL. Die Kaufleute Spiro und Witkowski aus Jersike, Guttman aus Berlin, Fraustädter aus Janowitz, Gebr. Pinner aus Ponne, Viehhändler Klotow aus Goldschmiedland, Prospekt Prominek aus Byri und Rabbiner Dr. Goldschmidt aus Doborn.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufl. Leipziger aus Hannover und Waldehmann aus Berlin, Gutsbesitzer v. Bielowski aus Polen, Rentier Jüll und Frau aus Frankfurt a. M., Prospekt Witten aus Solce und Doktor Summki aus Neustadt.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer v. Samczynski aus Thorn, Fabrikant Grünmayer aus Gersheim, Ingenieur v. Gerski aus Breslau, Fabrikant Benzene aus Glogau, Rentier Hoffmann aus Berlin, die Kaufleute Dianneberg aus Breslau und Dürrenfeld aus Stettin.

O. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Weber aus Berlin, Landsberg und Wehner aus Breslau, v. Wallersbrunn aus Znoworag, Landmann aus Neutomschel, Oldenwald aus Nürnberg, Lembocki aus Gressen a. D.

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 17. November. Getreide-Börse. Wetter: mäßig Frost bei klarer Luft. Wind: W.

Weizen loco entbehrte am heutigen Markte wieder fast jede Kauflust, andererseits ist die Zufuhr auch so geringfügig, daß der Markt in jeder Beziehung geschäftlos bleiben mußte und nur 150 Tonnen konnten zu gebihrlichen Preisen untergebracht werden. Bezahlt ist für grau alafz 128 Pfd. 194, 195 M., hellfarbig 130 Pfd. 202 M., hellbunt 129, 130, 133, 134 Pfd. 209, 210 M., hochbunt glafz 130 Pfd. 203 M., alt hellbunt 130 Pfd. 215 M. per Tonne. Termine matt, April-Mai 210, 211 M. bez., 211 M. S., 210 M. Gd. Regulirungspreis 196 M. Roggen loco fest. Neuer polnischer 124½ Pfd. brachte 159½ M. per Tonne. Umlag 33 Tonnen. Termine nicht gehandelt, April-Mai 156 M. Br. und G. Regulirungspreis 150 M. — Gerste loco kleine 101 Pfd. 134 M., 104 Pfd. 137 M., große 115 Pfd. 160 M. per Tonne bezahlt. — Weizen loco brachte 190 M. per Tonne. — Spiritus loco ist zu 46 25 M. per 10,000 Liter pSt. verkauft. Termine April-Mai 51 M. Br., 50 M. Gd., Mai Juni 51½ M. Br.

Breslau, 17. November. Nachmittags (Schlußbericht). Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. pr. November-Dezember 43 70, pr. Debr.-Januar —, pr. April-Mai 47 40. Weizen pr. November-Debr. 193 00 Roggen pr. November-Dezember 153 00, pr. Dezember-Januar 153 50, pr. April-Mai 157 00. Rüböl November-Dezember 69 00, pr. Dezember-Januar 69 00, pr. April-Mai 72 00. Zint fest. Wetter: —.

Köln, 17. November, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen loco fest, hiesiger loco 20 50, fremder loco 21 00, pr. November 20 40, pr. März 21 45, Roggen behauptet, hiesiger loco 16 00, pr. November 14 40, pr. März 15 45. Hafer still, loco 18 00, pr. November 17 40. Rüböl höher, loco 38 50, pr. Oktober —, pr. März 39 00. — Wetter: Schön.

Hamburg, 17. November, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine ruh. Roggen loco fest, auf Termine fest. Weizen pr. Novbr. 200 Br., 199 Gd., pr. Dezemb.-Januar pr. 1000 Rilo 199 Br., 198 Gd. Roggen pr. November 154 Br., 152 Gd., pr. Dezember-Januar pr. 1000 Rilo 153 Br., 152 Gd. — Hafer still. — Gerste ruh. — Rüböl anim., loco 74½, pr. November —, pr. Mai pr. 200 Pfd. 74½. Spiritus still, pr. Novbr. 36½, pr. Debr.-Januar 37, pr. April-Mai 38, pr. Juni-Juli pr. 100 Liter 100 pSt. 39. Kaffeezruh, Umlag 2000 S. Petroleum still, Standard white loco 11 70 Br., 11 50 Gd., pr. November-Dezember 11 70 Gd., pr. Januar-März 11 70 Gd. — Wetter: Regen.

Bremen, 17. November. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11 10, pr. Dezember 11 10, pr. Januar 11 30, pr. Februar 11 50. Ruhig.

Antwerpen, 17. November, Nachmittags, 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen unverändert, dänischer 28. Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste matt.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 27½ bez. u. Br., pr. November 27½ bez., pr. Dezember 27½ 5½ Br., pr. Januar 27½ Br., pr. Februar 27½ Br. Weiß.

Paris, 17. November, Nachmittags. (Kornmarkenmarkt). (Schlußbericht). Weizen beh., pr. November 26 50, pr. Dezember 26 75, pr. November-Februar —, pr. Januar-April 27 50. Weizen weiß, pr. November 58 25, Dezember 58 50, pr. November-Februar —, pr. Januar-April 59 75. Rüböl steig., pr. November 102 50, pr. Dezember 102 50, pr. Januar-April 97 00, pr. Mai-August 92 00. Spiritus ruh., pr. November 44 50, pr. Mai-August 48 50.

Amsterdam, 17. Novbr., Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, auf Termine niedriger, pr. November —, pr. März 294 Roggen loco unverändert, auf Termine flau, pr. März 194, pr. Mai 193½. Raps loco per Seidst —, pr. Frühjahr 432 fl. Rüböl loco 42½, pr. Dezember 42, pr. Mai 42½. Wetter: —.

Shanghai, 17. November. Robeifen. Prices numbers warrants 60 Sh. 5 d.

Manchester, 17. November, Nachmittags. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 8½, 20r Water Maitland 10, 30r Water Galloway 11, 30r Water Clayton 11½, 40r Water Maitland 11, 40r Medio Wilkinson 13, 36r Watercopps Qualität Rowland 12½, 40r Double Weston 12½, 60r Double Weston 16, Printers 10½, 8½ Pfd. 117. Mähtes Geschäft. Preise fest.

Liverpool, 17. Novbr., Vormittags. Baumwolle Anfangsbericht. Muthmaßlicher Umlag 15000 Ballen. Stramm, Ankünfte theurer. Tagesimport 7000 Ballen amerikan.

Liverpool, 17. Novbr., Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht). Muthmaßlicher Umlag 15000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 7000 B., davon — B. amerikanische, — B. ägyptische. Ankünfte williger.

Middling Orleans 7½, middling american 6½, fair Bollers 4½, middl. fair Bollers 4½, good middling Bollers 4½, middl. Bollers 4 fair Bengel 4½, fair Broach 5½, new fair Dacca 4½, good fair Dacca 5½, fair Madras 4½, fair Pernam 7½, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 7½.

Druck und Verlag von M. Deder u. Comp. (H. Köbel) in Posen.